presse

Politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft – Bundesregierung muss Taten folgen lassen

Anlässlich der Beratung der Berichte der Enquete-Kommission erklären der netzpolitische Sprecher SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil und der stellvertretenden Vorsitzende der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft Gerold Reichenbach:

Die Internet-Enquete hat ein wichtiges Ziel erreicht: Es ist nach den intensiven netzpolitischen Diskussionen in den zurückliegenden drei Jahren gelungen, das Thema Netzpolitik im Parlament neu zu verankern. Zudem ist es gelungen, eine umfassende Bestandsaufnahme zu den vielen Herausforderungen der digitalen Gesellschaft vorzulegen und – zum Teil auch mit den Stimmen aller Sachverständigen und Fraktionen – konkrete Handlungsempfehlungen zu verabschieden.

Gleichzeitig ist die Enquete-Kommission jedoch an einigen Stellen hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben, weil die Koalition nicht willens oder in der Lage war, sich auf eine konkrete Position zu verständigen und stattdessen vor allem appellative Handlungsempfehlungen vorgelegt hat.

Wenn man die Bestandsaufnahme der Kommission und die Handlungsempfehlungen inklusive der vielen Sondervoten insgesamt bewertet, so hat die Kommission sehr detaillierte Vorschläge für die politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft vorgelegt. Nun ist es dringend geboten, die Vorschläge der Internet-Enquete aufzugreifen und tatsächlich umzusetzen. Dies ums so mehr, da die schwarz-gelbe Bundesregierung es sträflich versäumt hat, netzpolitische Weichenstellungen vorzunehmen.

Dringend geboten ist aus unserer Sicht nun eine schnelle Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Dazu gehören insbesondere die einstimmig empfohlene Einrichtung eines Ausschusses „Internet und digitale Gesellschaft“ sowie eine entsprechende Spiegelung im Bereich der Exekutive, der Ausbau der Transparenz, die Weiterentwicklung der Informationsfreiheit und der verstärkte

Einsatz von neuen Beteiligungsmöglichkeiten, die Förderung der digitalen Selbständigkeit und die Stärkung der Medienkompetenz, die Stärkung des digitalen Datenschutzes und Verbraucherschutzes, die Modernisierung des Urheberrechtes und die Schaffung eines neuen Interessensausgleichs zwischen Urhebern, Kreativen, Verwertern und Nutzern, die Unterstützung des Strukturwandels zur digitalen Wirtschaft, die Schaffung einer zukunftsfähigen Breitband-Infrastruktur und Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes, um die Potenziale und Freiheitsräume digital vernetzter Arbeit zu heben.

Wir müssen die Vorschläge der Internet-Enquete aufgreifen und die Rahmenbedingungen für eine offene, pluralistische und demokratische digitale Gesellschaft schaffen.